

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Jürgen Trittin, Dr. Reinhard Loske, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4426 –**

Deutsch-brasilianischen Atomvertrag durch Erneuerbare-Energien-Vertrag ersetzen

A. Problem

Ersatz des deutsch-brasilianischen Atomvertrages durch einen Erneuerbare-Energien-Vertrag. Keine weitere staatliche Förderung für die Ausfuhr von zum Bau von Kernreaktoren in Brasilien bestimmten Komponenten. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernforschung beenden und im Bereich der erneuerbaren Energien verstärken. Handel mit nachhaltig erzeugten Biokraftstoffen fördern und die brasilianische Regierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4426 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/4426** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. März 2007 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen die Grundlagen des deutschen Ausstiegs aus der Atomkraft gerade im Bereich der Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung als Wegweiser gesehen werden. Demnach sollen alle staatlichen Verträge, welche der Förderung der Atomenergie dienen, gekündigt werden. Daher fordert die antragstellende Fraktion die Bundesregierung auf, das deutsch-brasilianische Abkommen auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch einen Erneuerbare-Energien-Vertrag zu ersetzen. Weiter sollen keine weiteren staatlichen Förderungen oder Kreditabsicherungen für die Ausfuhr von Kernreaktorkomponenten gewährt werden. Die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernforschung soll beendet und in den Bereichen der erneuerbaren Energien verstärkt werden. Außerdem sollen der Ausbau des Handels mit nachhaltig erzeugten Biokraftstoffen aktiv gestaltet und die brasilianische Regierung beim Ausbau im Bereich der erneuerbaren Energien unterstützt werden. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, mit der brasilianischen Regierung bei „Clean Development Mechanism“-Projekten zusammenzuarbeiten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/4426 verwiesen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 46. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4426 in seiner 41. Sitzung am 4. Juli 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/4426 zu empfehlen.

